

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsamt: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 100
Telefon 1111
Verlag: Postfach 100
Telefon 1111

Abonnementpreise: Vierteljahr 1.70 Mk.
Halbjahr 3.20 Mk.
Jahrespreis 6.40 Mk.
Einzelhefte 10 Pf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach 100
Telefon 1111

Vorläufig kein Abbruch in Paris

Die Denkschrift gilt nur als Material - Veröffentlichung abgelehnt - Ein letzter Versuch

Schacht hat Nein gesagt

Paris, 15. April. Die heutige Vollversammlung der Sachverständigen hat nicht, wie vielfach erwartet wurde, zu einem Abbruch der Verhandlungen geführt. Man hat sich vielmehr entschlossen, für Dienstag, vormittags 11 Uhr, eine neue Sitzung anzusetzen, in der die Aussprache über die Forderungen der Alliierten fortgesetzt werden soll. Obgleich von deutscher Seite nichts darüber verlautet, unterliegt es keinerlei Zweifel, daß die deutschen Sachverständigen in sehr energischer Weise ihr „Non-acceptation“ zu den Forderungen der Alliierten zum Ausdruck gebracht haben.

Auf der Alliierten-Seite hat man anscheinlich ein wenig Angst vor der eigenen Courage gehabt. Daher ist auf ihre Anregung im Anschluß an die Ueberreichung des Remonstrands von der Vollversammlung beschlossen worden, mit einer Untersuchung über den Charakter und die Bedeutung der Denkschrift zu beginnen, die aber keineswegs als Grundlage für die Vorgespräche der deutschen Sachverständigen zu gelten habe, sondern

nur als interessanter Beitrag zum Material der Konferenz zu betrachten sei — eine geschickte Fälschung — wenn man es der Konferenz ermöglichen will, ihre Arbeiten fortzusetzen.

Von deutscher Seite wurden im Laufe der heutigen Sitzung eine Reihe von Fragen vorgebracht, die vor allen Dingen der Zusammenlegung der von den Alliierten genannten Zahlen gelten. Diese Fragen werden Dienstag vormittags beantwortet werden. So wird dann dieser zweiten alliierten Denkschrift das gleiche Schicksal anteil werden, wie der von den Alliierten vor O'Hara überreichten ersten Denkschrift, bei der gleichfalls in Frage und Antwort der Inhalt näher erläutert wurde.

Die Absicht der Veröffentlichung, für die am Sonnabend die Franzosen eintraten, ist heute von der Konferenz fallen gelassen worden, da man allgemein annahm, daß hierdurch der Denkschrift eine zu große Bedeutung beigelegt werden würde.

Eine Veröffentlichung erwies sich auch insofern als ver- spätet, weil das Wesentliche über die Zahlen durch die Presse bekanntgeworden ist. Bedeutungslos scheint vor allem, daß die Alliierten in ihrer Denkschrift keine Mindestforderungen aufgestellt haben, sondern daß sie scheinbar in den weiteren Verhandlungen, insbesondere was die Ziffern anlangt, mit sich handeln lassen wollen. Aus den Vorgesprächen des heutigen Vormittags ging dies einwandfrei hervor.

Wahlziele

Im anschwellenden sächsischen Wahlkampf ist es interessant und zugleich lehrreich für die Zukunft, die Zielsetzung zu vergleichen, unter der die gegnerischen Gruppen ausmarschieren. Denken wir an den Weltkrieg zurück und erinnern wir uns, welche entscheidenden Einfluß die Erörterung der Kriegsziele auf den Gang der Ereignisse gehabt hat. Stimmung und Kampfbereitschaft an der Front und in der Heimat hingen davon ab. Dräben hat die Knod-out-Parole Lloyd Georges und Clemenceaus Fanatismus den unter den deutschen Schlägen erschaffenden Kriegswillen immer wieder zu Höchstleistungen angeleuert, während bei uns mit der desolaten Friedensresolution von 1917 der innere Schwung gebrochen wurde. Rückschlüsse auf die innere Entscheidung, die sich jetzt in Sachsen auspricht, drängen sich auf, wenn man die Kampfpunkte erwägt, unter denen die Reihen zur Wahlschlacht geordnet werden. Wir dürfen uns nicht dabei beruhigen, daß es ja nicht mit Bomben und Granaten losgeht, und daß eine innere Auseinandersetzung unter Deutschen nicht die schweren Folgen eines Weltkrieges hat; denn um Sein oder Nichtsein geht es auch diesmal, um die Existenz der bestehenden Ordnung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Und wenn auch ein „rotes Sachsen“ nicht alles zugleich auf den Kopf stellen könnte, so soll es doch Sturmbock und Volkswert werden für die zweite Revolution.

Darüber lassen die Wahlausrufe der marxistischen Parteien keinen Zweifel. Nur Gradunterschiede sind es, welche die Kommunisten von den linkssozialistischen scheiden. Abstraktionen allerdings, die auch im roten Lager die Erfahrung bestätigen, daß sich aus einem inneren Geßet des modernen Parteietriebes heraus diejenigen Gruppen am schärfsten bekämpfen, die sich in ihren Zielen am nächsten stehen. Daraus entstehen Meinungen, die jetzt schon einen Vorgeschmack von dem Chaos geben, das über uns hereinbrechen würde, wenn durch die Wahlfäulnis des Bürgerturns ein „rotes Sachsen“ aus dem 12. Mai erkünde.

Am leichtesten machen es sich natürlich die Kommunisten. Von jeder Rücksicht befreit, sind sie schnell fertig mit dem Ruf nach einem neuen „Sozialismus“. Alles, was sich mit diesem Begriff nicht deckt, ist „Verrat an der Arbeiterklasse“, ob es nun von der „reformistischen Sozialdemokratie“ kommt oder von der „bürgerlichen Reaktion“. Da werden soziale Forderungen in die Massen hineingeworfen, zu denen der Reichtum Amerikas gehört, um sie nur in Sachsen zu erfüllen. Die Begehrlichkeit wird aufgeschaukelt, unbekümmert um die Möglichkeit der Verwirklichung, ganz gleich auch, ob es sich um Angelegenheiten des Landes oder des Reiches handelt. Da ist, um nur ein Beispiel herauszugreifen, das Schlagwort von der „Einrichtung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess“. Ja, wie sieht es denn damit im vielgepriesenen Sowjetparadies aus? Wenn ihre Beschäftigung nach dem kommunistischen Rezept eine so einfache Sache ist, warum geht man in Rußland nicht mit dem guten Beispiel voran? Wir halten unsere Erwerbslosen mit Mitteln der Allgemeinheit über Wasser so gut es geht, aber wir haben noch keine Brotkarten und keine Menschenknechten vor den Lebensmittelschältern. Bedauernd wert die Massen, die auf so ausgepöhlte Lügen hereinfallen, die nur deshalb hochtrabend durchs Land laufen dürfen, weil sie die Probe der Wirklichkeit nicht zu riskieren brauchen.

Da hat es die Sozialdemokratie schon nicht so einfach. Denn wenn sie sich in Sachsen auch besonders agitationsführt und regierungstreu gebärdet, so würde ihr die als Wahlziel proklamierte „rote Mehrheit“ doch die Verantwortung für das Land zuschieben. Man hat den Vorgang ja im Reiche erlebt. Panzer-Müllers, Schiedsricht-Soerings und Steuer-Gilberdings Spuren schreien unsere radikalen Genossen. Das Schimpfen auf die Feldtreterung ist nicht schwer, und Sprüche wie „Lüg die Schmach“ hören sich gut an. Aber trotzdem, wenn ein widriges Schicksal ihnen den Sieg beschereu sollte, die Verlegenheit wäre groß. Ein rotes Sachsen, was heißt denn das, aus der Wahlkampfstrategie in die staatspolitische Wirklichkeit überführt? Der Gedanke an die Gemeinschaft mit den Moskowitern auf einer Regierungsbank stößt selbst den Leuten um Edel und Arzt geheimen Grauen ein. Feinliche Erinnerungen an das Jahr 1923 steigen da auf, und das Gefühl, daß im „Hindenburg-Deutschland“ der Boden für eine Wiederholung des Zeigerntheaters nicht mehr gegeben ist. Man hat die Reichswehr recht gern als Amboß, auf dem man im Wahlkampf wild mit dem Agitationshammer herumschlägt, aber in der Regierung möchte man nicht wieder in allzu intime Berührung mit ihr kommen.

Da taucht ein rettender Gedanke auf. Wie wäre es denn mit einer sozialistischen Minderheitsregierung, die sich auf die Kommunisten stützt und für Notfälle — wenn man etwa mit der Verfassung in Konflikt käme — eine kleine Rückversicherung bei der bürgerlichen Linken einlegt? So ein Schaukelspiel mit wechselnden Mehrheiten, wie es der Zentrumskanzler Marx eine Zeitlang im Reichstage

Der Inhalt der Tributdenkschrift

Deutschland soll für 38 Jahre verpfändet werden - 1800-2450 Millionen Mark Jahresrate - Keine Sachlieferungen mehr - Völliger Abbau des Währungsichuges

Berlin, 15. April. Der Pariser Berichterstatter des „B. Z.“ glaubt in der Lage zu sein, die Grundzüge der Fiktion und der Modalitäten des Zahlungsplanes, wie sie in der Denkschrift der Gläubigerstaaten niedergelegt sind, wiedergeben zu können. Er behandelt zunächst die Jahreszahlungen für den Zeitraum von 37 Jahren, mit deren Ablauf nach der durchaus berechtigten Ansicht der deutschen Sachverständigen die Reparationspflicht des deutschen Reiches beendet wäre. Sie beginnen mit etwas über 1800 Millionen Mark, steigen im Laufe von etwa 8 Jahren auf 2000 Millionen und erhöhen sich dann zunächst weiter auf 2400 oder 2450 Millionen Mark.

Auf dieser Höhe würden sie für den größten Teil der 37 Jahre anhalten. Auf spätere Erhöhungen der planmäßigen normalen Jahresleistung, die die Gläubiger auf Grund der Wohlstandsberücksichtigung erhofften, wird verzichtet. Die Sachlieferungen werden abgelehnt. Der neue Zahlungsplan setzt anscheinend die Obergrenze der Sachlieferungen für das erste Jahr der Neuordnung auf 600 Millionen Mark fest. Sie würden demnach nur 30 v. H. der Jahresleistungen ausmachen. Sie sollen dann im Laufe von 8 Jahren trotz der gleichzeitig vorgesehenen Steigerung der Gesamtjahresleistungen bis auf 350 Millionen Mark sinken und schließlich wohl im siebenten Jahre vollkommen aufhören. Die bisher gültige Klausel, nach der die Empfangsländer nicht das Recht haben, die von Deutschland gelieferten Waren am Weltmarkt weiter zu verkaufen, soll durch zahlreiche Zugeständnisse gelockert bzw. aufgehoben werden.

Die Sachlieferungen würden hierdurch den Charakter währungspolitischer Handelspolitik verlieren, da sie mit der freien deutschen Ausfuhr in Wettbewerb treten und so deren Devisenerlös verringern könnten. Wie der Berichterstatter weiter zu melden weiß, ist in dem neuen Zahlungsplan vom Transferschub kaum etwas übrig geblieben. Jrgendwelchen Ueberweissungsschub genießen nur noch die Gebiete, die zur Deckung der interalliierten Schulden verwendet werden. Der Schub der interalliierten Schulden gegen die Folgen dieser Zahlungen in den Vereinigten Staaten ihren Kriegsschuldenern gewährt haben. Das die Dauer der deutschen Zahlungen angeht, so sieht der neue Zahlungsplan vor, daß die deutsche Schuld erst nach 38 Jahren abgezahlt sein soll. Nachdem nämlich im 37. Jahre die Höchstjahreszahlung von 2400 oder 2450 Millionen geleistet worden ist, würden die Zahlungen noch auf 21 Jahre mit je 1700 Millionen fortgesetzt werden, um die interalliierten Kriegsschulden zu decken.

Bei dieser Erweiterung der Zahlungsfrist handelt es sich aber wohlgerne nicht um eine rechtlich begründete Forderung der Alliierten, sondern lediglich um eine Bitte.

Der Tributplan gilt nicht ewig

Amerikanische Erüstungsberichte
Washington, 15. April. Zu dem der Reparationskonferenz übergebenen Memorandum der Alliierten erklärt „Public Ledger“, Man solle sich durch die darin enthaltenen Zahlen in Deutschland nicht schrecken lassen, sondern den Vorteil bedenken, der der deutschen Wirtschaft durch eine für

diese Generation gültige Erledigung der Reparationsfrage erwachse. Die Zeit von etwa 60 Jahren habe man lediglich vorgeschlagen, weil man diese ungeheuren Summen auf einen längeren Zeitraum verteilen müsse. Aber nichts sei beständig in der Welt und niemand bezweifle, daß die nächste Generation die Zahlen ihren Bedürfnissen entsprechend ändern werde.

Ueber die Sonnabendkonferenz im Welken Hause wird immer noch strenges Stillschweigen bewahrt und lediglich erklärt, sie habe sich nicht auf den kanadischen Protest wegen der „Im alone“ bezogen. Die Blätter schließen hieraus übereinstimmend, daß doch die Reparationsfrage besprochen wurde, und daß auf ein Telegramm Owen Youngs hin Präsident Hoover mit seinen Experten eine Beratung darüber gepflogen habe, ob eine Ermäßigung des amerikanischen Reparationsanteils möglich sei. Nach der Ansicht von „Baltimore Sun“ war das Ergebnis der Beratung negativ, weil sonst eine Revision des Freigabegebotes bedingt würde, die der Kongress als eine Abwälzung auf den Rücken der amerikanischen Steuerzahler nicht zulassen würde. Dagegen sei man mit einer Herabsetzung der Gesamtforderungen, durch die auch Amerika prozentualer Anteil automatisch herabgesetzt würde, durchaus einverstanden.

Der „Intransigent“ will erfahren haben, daß der ehemalige amerikanische Staatssekretär Kellogg sofort nach seiner Ankunft in Paris mit dem Vorsitzenden der Reparationskonferenz, Owen Young, eine lange Unterredung gehabt habe. Owen Young habe erklärt, daß nach seiner Ansicht und nach der Ansicht Pierpont Morgans ebenfalls es notwendig sei, daß Amerika etwas tue. Kellogg dürfte, wie es scheint, in dieser Beziehung einen Bericht an die Vereinigten Staaten erstatten, um durchzusetzen, daß man in Washington die Möglichkeit der Herabsetzung der amerikanischen Reparationsansprüche gegen Deutschland erörtert.

Bei dieser Meldung des „Intransigent“, deren angeblich gute Quelle das Blatt noch besonders hervorhebt, dürfte der Wunsch der Vater des Kindes gewesen sein. Wenn Amerika sich dazu verstehen wollte, seine direkten Forderungen an das Reich herabzusetzen, so würde das nur zur Folge haben, daß Frankreich seine eigenen Ansprüche noch höher schraubt. Owen Young ist in Paris ja nicht als Vertreter Amerikas als Gläubiger allein, sondern als Sachverständiger für die Zahlungsmöglichkeiten überhaupt anwesend. Er und die hinter ihm stehenden Hoover, Stimson und Mellon können im wohlverstandenen politischen Interesse der Vereinigten Staaten sich bereit erklären zu einer Herabsetzung der gesamten Schulden, auch der Alliierten, nicht aber zu einer Senkung des amerikanischen Anteils an den eigentlichen Reparationszahlungen, die Deutschland aufzubringen hat. Dies würde sonst eine Verschiebung des Schwergewichts zugunsten der Alliierten bedeuten. Diese versuchen also, mit einem Wort, auf Kosten Amerikas aus Deutschland noch mehr herauszupressen, als schon vorher beabsichtigt.

Washington, 15. April. Die auf Hoovers Wunsch einberufene außerordentliche Tagung des Kongresses mit der Tagesordnung: Hilfsmittelmaßnahmen für die Pächter und Revision der Zolltarife, hat heute begonnen. Zum Präsidenten des Repräsentantenhauses wurde Longworth wiedergewählt.

13. 4.
11. 329
153. 5
196. 9
111. 0
77. 7
138. 12
100. 0
178. 0
18. 7
184. 0
249. 0
58. 25
437. 0
58. 5
79. 0
88. 0
37. 3
152. 75
14. 0
288. 5
35. 0
135. 0
120. 0
130. 25
107. 0
122. 25
71. 0
89. 25
130. 0
16. 125
76. 25
175. 0
95. 0
456. 5
129. 0
85. 25
64. 25
51. 0
51. 0
238. 0
69. 25
212. 0
192. 5
175. 0
68. 25
68. 0
71. 0
70. 75
104. 5
64. 25
49. 0
35. 0
81. 0
176. 0
109. 0
109. 25
27. 0
248. 0
89. 0
71. 0
167. 5
118. 5
132. 0
49. 5
130. 0
18. 25
27. 5
109. 0
7. 75